



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170
Fernsprecher 21831 - 38
Fernschreiber 0686890

P/XIII/198 - 2. September 1958

Wir veröffentlichen in dieser Ausgabe:

<u>Seite:</u>		<u>Zeilen:</u>
1	Wird die "Internationale der Spione" brotlos? Mögliche Folgen eines guten Versatzes	29
2 - 3	Verschärfung der amerikanischen Passengesetze Von unserem Korrespondenten in den USA	87
4	Neuaufgabe des Bagdad-Paktes? Dulles bereitet wieder eine Niederlage der US-Diplomatie vor	34
5 - 6	Die Krankenhäuser sind krank Ein grosses Problem, demonstriert an Rheinland-Pfalz	105

* * * * *
* * * * *

Zur Beachtung: Wir veröffentlichen in unserer nächsten Ausgabe einen ausführlichen Artikel als Vorschau auf die am 12. und 13. September in Mainz stattfindende Kommunalpolitische Bundeskonferenz der SPD.

Wird die "Internationale der Spione" brotlos ?

sp - Aus Amsterdam und Genf kommen gute Nachrichten. Die Raum-
schiffahrt-Experten und die Atomwissenschaftler aus aller Welt wol-
len in Zukunft ängstlich gehütete Geheimnisse ihrer Forschungser-
gebnisse lüften und einen regelmässigen internationalen Erfahrungsaustausch vornehmen. Wenn jetzt noch die Mitglieder des "Atomclubs" in November eine weltweite internationale Kontrolle von Atomwaffenversuchen beschliessen soliten, dann wird die Internationale der Spione brotlos.

Nach dem zweiten Weltkrieg hat in allen Staaten ein dunkles Gewerbe ungeheuren Aufschwung genommen, das man normalerweise nicht beim Namen nennt: die wissenschaftliche Spionage. Von Leuten, die es wissen müssen, wird gelegentlich behauptet, die Sowjetunion, Grossbritannien und die USA geben jährlich zusammen etwa zehn Milliarden Dollar aus, um "letzte Geheimnisse" auf dem Gebiet der Atomforschung, Raketen- und Raumschiffahrt-Entwicklung beim "Konkurrenten" kennenzulernen. Riesige Organisationen mit hochqualifizierten Kräften wurden und werden unterhalten, um die ihnen gestellten Aufgaben erfüllen zu können. Es heisst, dass sich der Laie überhaupt keine Vorstellung davon machen kann, mit welchen Methoden auf diesem Gebiet der überdimensionalen Spionage "gearbeitet" wird.

Wenn jetzt der internationale Erfahrungsaustausch auf den entscheidenden Gebieten der atomaren Forschung, der Entwicklung der Raketentechnik und der Raumforschung vor aller Öffentlichkeit und im Rahmen grosser internationaler Tagungen stattfinden soll, könnte vielleicht die Welt bei dieser Gelegenheit auch von dem Alpdruck ihrer Geheimdienste und von den für das Funktionieren dieser Organisationen notwendigen Ausgaben befreit werden.

Das wäre eine gute Sache; gewissermassen ein Nebenprodukt des technischen und wissenschaftlichen Fortschritts ...

Neue Verschärfung der amerikanischen Rassengegensätze

Von unserem Korrespondenten in den USA

New York, Anfang September

Der Oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten hat den Schulbehörden der Stadt Little Rock, in dem südlichen Gliedstaat Arkansas, eine knappe Atempause gewährt, indem er eine einstweilige Verfügung einer unteren Gerichtsstanz, die "Integrierung" der vielumstrittenen Mittelschule der Stadt vorläufig aufzuschieben, bis zum 11. September bestätigte. Dann wird das höchste Gericht des Landes entscheiden, ob es bereit ist, unter dem Druck erregter weisser Massen auf der Strasse für dieses Jahr die Mittelschule "weiss" zu lassen, oder ob es erneut und ohne Ausflüchte verlangen wird, dass dem Buchstaben des Gesetzes, das die Aufhebung der Rassentrennung in den Schulen vorschreibt, Genüge geleistet wird. Das neue Schuljahr beginnt in Little Rock am 15. September (und in allen anderen Schulen des Landes ungefähr um die gleiche Zeit); im vorigen Jahr hatten sieben Negerkinder am Unterricht in dieser Schule teilgenommen, aber nur unter dem Schutze der Truppe, die Präsident Eisenhower in letzter Minute und höchster Not nach Little Rock entsandt hatte. Es ist also der weitere Schulbesuch dieser sieben Kinder, der zur Diskussion vor dem Gericht steht.

Faubus der "Triumphator"

Natürlich handelt es sich in Wirklichkeit um sehr viel mehr als nur um sieben Negerkinder. Der Gouverneur des Staates Arkansas, Orval Faubus, ein unversöhnlicher und demagogischer Vorkämpfer weisser Überlegenheitsprivilegien, ist im Laufe des Sommers, als sein Gouverneursamt ablief, erneut zum Gouverneur wiedergewählt worden, und zwar mit so überwältigender Mehrheit, dass darin eine klare Demonstration der weissen Wähler von Arkansas, eine Herausforderung der Bundesautorität und eine Kampfansage gegen die befohlene Angleichung der Rassen zum Ausdruck kam. Gestützt auf diesen Erfolg in der Wahl, hat Faubus den Kampf gegen den Obersten Gerichtshof erneut aufgenommen: er hat sich durch die eilends einberufene gesetzgebende Versammlung des Staates Arkansas gesetzliche Vollmachten erteilen lassen, staatliche Schulen, die vom Gericht zur Integrierung gezwungen worden, einfach zu schließen, oder aber die Eröffnung ihres Schuljahres auf unbestimmte Zeit zu vertagen. Hinter dieser Vollmacht steht die Idee, dass weisse Kinder, notfalls mit Hilfe staatlicher Stipendien, dann auf private Schulen gehen können (denen ja kein Gericht der Welt befehlen kann, wen sie aufnehmen müssen), - und die farbigen Schulkinder bleiben auf der Strasse oder können in ihre "schwarzen" Schulen zurückkehren.

Privatisierung der Schulen als "Ausweg"

Ähnliche gesetzliche Vollmachten hat sich der Gouverneur eines anderen intransigenten südlichen Gliedstaates geben lassen, Virginien. In einer Stadt dieses Staates, Norfolk, haben die Schulbehörden widerstrebend, unter dem Zwang einer Verfügung des örtlichen Gerichtes, die Öffnung ihrer weissen Mittelschule für 17 Negerschüler angeordnet,

und in zwei weiteren Ortschaften des Staates (darunter Arlington, was faktisch ein bürgerlicher Vorort der angrenzenden Landeshauptstadt Washington ist), steht das gleiche bevor. Der Gouverneur hat darauf reagiert, indem er die "Privatisierung" dieser Schulen vorbereitet: sie würden nicht mehr dem Staat gehören und von ihm auch kein Geld mehr bekommen, sondern den Gemeinden unterstehen - die dann tun können, was sie wollen; die Staatsbehörden von Virginia kümmern sich dann nicht mehr darum.

Ausweitung des Konfliktes ?

Wenn nicht alles täuscht, wird es Mitte September, bei Schulbeginn, auch noch anderswo ähnliche Spannungen und Konflikte geben. In einigen Randgebieten des amerikanischen Südens, etwa in den Staaten Kentucky, Oklahoma, Maryland und Missouri, hat die vor vier Jahren vom Obersten Gerichtshof angeordnete Integration seither gute Fortschritte gemacht und auch kaum Konflikte hervorgerufen; aber im eigentlichen Kerngebiet des Südens hat sich so gut wie nichts gerührt. Die rührige Vorkämpferin schwarzer Bürgerrechte, die "Vereinigung für den Fortschritt der farbigen Rasse", muss in jedem Fall erneut zu den Gerichten laufen und Schritt für Schritt, Schule für Schule, Stadt für Stadt die Rassenmauern durch Gerichtsentscheid niederzureißen suchen. Es ist ein mühseliges und langwieriges Verfahren, aber es führt doch ständig zu neuen, wenn auch winzigen Erfolgen.

Demagogen beherrschen das Feld

Aber um welchen Preis! In den vier Jahren, die seit der grossen Entscheidung des Bundesgerichts, dass im Prinzip die Rassentrennung in den Schulen gegen die Verfassung verstosse, vergangen sind, hat sich die Stimmung im Volk ständig verschärft - nicht zuletzt, weil die Regierung Präsident Eisenhower, statt erziehend und belehrend einzugreifen und die psychologischen Widerstände fortzuräumen, in die Kraftprobe zwischen Gericht und aufgepeitschter Volksmeinung niemals eingegriffen hat. Wohlwollende Gemässigte in den Südstaaten sind entweder an die Wand gedrängt oder selber vom Strom der Erregung mitgerissen und angesteckt worden, Befürworter von Vernunft und Kompromiss gibt es im ganzen Lande kaum noch, die Demagogen im Stile von Orval Faubus beherrschen das Terrain im ganzen Süden - und es kann niemanden überraschen, dass sich auch die Neger nicht länger auf die Gerichte verlassen wollen, sondern ihrerseits radikaler und erregter werden und Boykottdrohungen oder gar Gewaltanwendung in Erwägung ziehen; auch unter den Negern schenkt man heute bereits den hitzigen Demagogen mehr Gehör als den bisherigen Führern und Sprechern, die gemässigt sind und illegale Akte scheuen. Amerika steht vor einer Periode bitterer Rassenauseinandersetzungen.

+ + +

Neuaufgabe des Bagdad-Paktes ?

H.E.D. Vor einigen Tagen geisterte durch amerikanische Zeitungen die Nachricht, die Regierungen in Karachi und Teheran hätten den Zusammenschluss beider Länder zu einem neuen politischen Gebilde ernsthaft erwogen. Als besondere Sensation wurde vermerkt, dass Pakistan versuche, auch das benachbarte Afghanistan zum Beitritt zu veranlassen. Man könnte über diese Meldungen hinweggehen, wäre nicht aus gewöhnlich gut unterrichteten Kreisen der amerikanischen Hauptstadt zu hören gewesen, dass die USA - vor allem Aussenminister Dulles, seit langer ein derartiges Projekt begrüssen; dies umso mehr, als die Revolution im Irak und die sich abzeichnende Neuordnung im arabischen Raum ein wichtiges Bindestück der militärischen Sicherungskette Amerikas in Europa und Asien herausgebrochen hat.

Der Bagdad-Pakt ist tot, auch wenn die neue irakische Regierung bis jetzt ihren Austritt noch nicht formell vorgenommen hat. Schon aus diesem Grunde ist eine amerikanische Patenschaft für den irano-pakistanischen Zusammenschluss denkbar und möglich. Allein, es erhebt sich die Frage, ob Teheran und Karachi auf Grund ihrer innenpolitischen Spannungen in der Lage sind, einer solchen Fusion mehr Leben einzuhauchen als dies im ähnlichen Falle bei Amman und Bagdad der Fall war. Es bedarf keiner allzu grossen Phantasie, um sich die Gründe vorzustellen, die die beiden Länder zu solchen Projekten getrieben haben könnten. Beide existieren inmitten der afro-asiatischen Umbruchswelle, die innere Stabilität lässt sehr zu wünschen übrig, die zentralen Gewalten, soweit man von ihnen überhaupt noch sprechen kann, sind mehr als geschwächt, und letztlich hängt ihre aussenpolitische Sicherheit zur Stunde vom "Wohlfühlen" des grossen Bruders in Washington ab.

Aber, so muss man sich fragen, glauben die verantwortlichen Politiker in Pakistan und im Iran wirklich, ein Zusammengehen von zwei Schwachen könnte die Weiterexistenz beider garantieren, selbst wenn die USA diesen Zusammenschluss fördern und materiell unterstützen? Es widerspricht den Erfahrungen der Geschichte, besonders aber den der letzten Jahre in Asien, dass solche Projekte eine lange Lebensdauer haben. Über kurz oder lang geraten auch sie in den Sog der Umwälzung und Washington müsste wieder eine diplomatische Niederlage einstecken.

Die Krankenhäuser sind krank

-güp- Mainz

135 allgemeine Krankenhäuser gibt es in Rheinland-Pfalz. Mit 21 189 Betten. In landeseigenem oder kommunalen Besitz befinden sich 34 Krankenhäuser (37 %). Die katholische Kirche unterhält 78 Häuser (48,5 %), die evangelische 20 (11,7 %). Drei Krankenhäuser (2,8 %) gehören dem Roten Kreuz. Somit sind 65 % aller Krankbetten Eigentum freigemeinnütziger Krankenhäuser und 37 % in Besitz der öffentlichen Hand. Diese Zahlen sind dem Material zu entnehmen, das der rheinland-pfälzische Landtagsabgeordnete Hans Brune, Idar-Oberstein, von Beruf Heilpraktiker, im Auftrag seiner Fraktion zusammengetragen hat und das nun dem sozialpolitischen Ausschuss des Landtags als Arbeitsmaterial dient. Die SPD-Landtags-Fraktion hatte noch vor den Sommer-Parlamentsferien einen Vorstoß unternommen, der den Krankenhäusern des Landes akute Hilfe bringen soll. Denn die Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz sind krank.

Hier nur einige Beispiele, aus dem umfangreichen Material des SPD-Abgeordneten:

Die Stadt Idar-Oberstein erwägt ernsthaft, ob sie ihr neu erbautes Krankenhaus - nur zu 42 % von Bürgern der Stadt benutzt, Jahresdefizit eine Million Mark für die laufende Unterhaltung - noch im bisherigen Umfang unterhalten kann. Von der Einschränkung würden in erster Linie Patienten ausserhalb der Stadt betroffen, die keine städtischen Steuerzahler sind. Die erforderliche - und bis jetzt ausgebliebene - Hilfe des Landes ist hier besonders augenfällig.

800 000 DM beträgt das jährliche Krankenhaus-Defizit der Stadt Worms.

2000 Krankbetten fehlen im Regierungsbezirk Pfalz (Bestand 5609).

Das Rote-Kreuz-Krankenhaus in Neuwied kämpft einen schweren Kampf um seine Existenz. Die Anlage kann in ihrem jetzigen Umfang trotz erheblicher Verbesserungen nur noch auf begrenzte Zeit erhalten werden. Für die 300 Betten wäre eine Soforthilfe von 500 000 DM notwendig.

Die finanziellen Verhältnisse des Städtischen Krankenhauses in Kaiserslautern haben Formen angenommen, die den Bestand des Hauses ernstlich gefährden. Die Selbstkosten pro Pflage-tag wurden für 1956 mit 14,95 DM errechnet. Von den Krankenkassen wurden jedoch nur 9,35 DM und seit 1.12.1956 10,55 DM gezahlt. Die Stadt muss so einen Tageszuschuss von 5,60 DM bzw. 4,4 DM leisten. Das macht 1,06 Mio DM aus. Für 1958 wird mit einem Defizit von 1,5 Millionen gerechnet. Die Stadt Kaiserslautern wird also gewissermassen dafür bestraft, dass sie ein gut eingerichtetes Krankenhaus unterhält, das zu mehr als 50 % von Patienten benutzt wird, die keine Bürger und somit auch keine Steuerzahler der Stadt sind.

Die zahlreichen kleinen Schwesternstationen auf dem Lande sind nur durch die ständige Unterstützung durch ihre Träger (karitative Verbände, Kirchen) zu unterhalten.

Das sind nur einige Beispiele von vielen, die die katastrophale Situation der Krankenhäuser in Rheinland-Pfalz untreissen. Wenn man eine durchschnittlich 60prozentige Belegung zugrundelegt, errechnen

sich für die 22 000 Betten der Krankenhäuser im Land pro Jahr 6,5 Millionen Pflage tage. Jeder Pflage tag erfordert an Selbstkosten je nach Grösse und Ausstattung des Krankenhauses einen Betrag zwischen 9 und 18 DM. Die Krankenhäuser haben einen jährlichen Aufwand von 100 Millionen Mark zu bestreiten, der nur zu 80 % von den Benutzern bzw. Kassen gedeckt wird. Die fehlenden 20 Millionen haben die Träger - Gemeinden, Wohlfahrtsorganisationen, Kirchen - aufzubringen.

Im Gegensatz zu anderen Ländern, beispielsweise Niedersachsen, Hessen, Nordrhein-Westfalen, wo auf sozialdemokratische Initiative hin das Land helfend eingegriffen hat, sind in Rheinland-Pfalz die Krankenhaussträger sich weitestgehend selbst überlassen. Diesem Übelstand abzu helfen ist der Sinn des sozialdemokratischen Vorstosses. Denn Krankenhäuser waren von jeher Zuschussbetriebe. Da die Gesunderhaltung und Gesundwerdung eines Volkes aber in erster Linie eine staatliche Aufgabe ist, kommt dem Staat auch die Errichtung und Unterhaltung von Krankenhäusern primär zu. Nach dem in der Bundesrepublik geltenden Recht ist die Gesundheitsvorsorge zunächst Aufgabe der Länder.

Die von der SPD festgestellten Mißstände wiegen im gegenwärtigen Zeitpunkt umso schwerer, als der Deutsche Chirurgenkongress 1958 einen grundsätzlichen Strukturwandel gefordert hat, durch den auch dem Einwohner einer Kleinstadt oder eines Dorfes eine optimale klinische Behandlung zuteil werden soll. Zumindest müsse in jedem Kreis ein Kreiskrankenhaus ähnlich einer Universitätsklinik ausgestattet werden. Dazu Prof. Maurer, München: "Über Leben und Tod der meisten Menschen wird in einem Land- oder Stadtkrankenhaus entschieden, das weder finanziell noch personell die idealen Voraussetzungen einer Klinik gegeben sind."

Enormer Personalmangel, hervorgerufen durch vielfach unzumutbare Arbeitsbedingungen bei 60 bis 75stündiger Arbeitszeit pro Woche und einer minimalen, unter dem Niveau fast aller anderen Berufszweige liegenden Entlohnung in Verbindung mit fehlenden Unterkunftsöglichkeiten (Schwesternheimen) verschlimmern noch die ohnehin katastrophale Situation. Fragte MdL Hans Brune die Landesregierung und ihre CDU/FDP-Mehrheit im Parlament: "Wer wird im Jahre 1965 unsere Kranken überhaupt noch pflegen?"

Kaum anders ist übrigens die Gesamtsituation in der Bundesrepublik. Am 11. Juni 1958 stellte ein Sprecher der Ärztegemeinschaft "Deutsches Krankenhaus", einer Vereinigung der Krankenhaussträger, in Bonn fest, dass die öffentliche Hand, vor allem die Bundesregierung, sich nicht um die Sorgen der deutschen Krankenhäuser kümmere. Der derzeitige Betten- und Personalbestand betrage 30 000 und 1 Milliarde Mark sei notwendig, um diesen Mangel abzuheben. Von den 6 Millionen jährlicher Patienten würden 95 % als geheilt oder gebessert entlassen. Die Lücke zwischen Selbstkosten der Krankenhäuser mit gebundener Preisbildung und den von den Kassen für die Patienten gezahlten Gebühren werde von Jahr zu Jahr grösser. 80 % aller Kranken seien Kassenpatienten. Während sich zum Beispiel das sozialdemokratisch regierte Schweden ernsthaft seiner Krankenhäuser annähme, sei in der Bundesrepublik keine staatliche Stelle für die Gesamtheit der Krankenhäuser zuständig.

Angesichts des hohen Grades der Verschuldung der Krankenhäuser und der Unmöglichkeit, mit den derzeitigen Pflagesätzen den auch nur notwendigen Aufwand für den Patienten bestreiten zu können und unter Berücksichtigung des immer grösser werdenden Personalmanagers steht also die Frage hart im Raum, was das Land und der Bund schnellstens zu tun gedenken, damit den Krankenhaussträgern eine spürbare Unterstützung zuteil wird. Die Ausrede von den fehlenden Mitteln, die immer und überall rasch zur Hand ist, wenn der Staat um Hilfe angegangen oder auf die Erfüllung einer - gesetzlichen oder moralischen - Pflicht hingewiesen wird, darf nie und nimmer gelten, wo es um die Gesundheit von Menschen geht.

+ + +